

Analyse & Debatte



Aleppo liegt in Trümmern, und die Weltordnung ist nicht mehr dieselbe. Foto: Keystone

Ende der Pax Americana

Der Fall von Aleppo kündigt eine Zeitenwende an, mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin als Sieger. *Ein Leitartikel von Arthur Rutishauser*

Es sind grauenhafte Bilder, die uns aus Syrien erreichen. Nach über fünf Jahren Bürgerkrieg, 11 Millionen Vertriebenen und mehr als 400 000 Toten erreichte die Tragödie in Aleppo ihren schrecklichen Höhepunkt. Bei der Zerbombung der Stadt haben die syrischen Streitkräfte, die russische Luftwaffe und teilweise auch die fanatisierten islamistischen Widerstandskämpfer alle Hemmungen gegenüber der Zivilbevölkerung fallen lassen. Auch jegliche Achtung vor dem Völkerrecht ging verloren. Rücksichtslos wurden Frauen und Kinder mit Flächenbombardements terrorisiert, gezielt getötet oder von der Gegenseite als menschliche Schutzschilde missbraucht. Und alle, die auf der Welt Macht und Einfluss haben, schauten bloss zu.

Der Fall von Aleppo ist gleich in mehrfacher Hinsicht ein Mahnmal. Erst einmal für Syrien, wo jede Hoffnung auf einen Regimewechsel und den Aufbau eines neuen, demokratischen Staates im Bombenhagel gestorben ist. Endgültig. Was 2011 als friedlicher Protest begann und sich zum bewaffneten Aufstand entwickelte, hat sich ohnehin schon lange von westlichen demokratischen Idealen entfernt. Syriens Widerstandskampf ist zum Tummelfeld radikaler Splittergruppen geworden, die von reichen Saudis finanziert werden und sich gegenseitig bekämpfen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) ist nur eine dieser Gruppen. Gemässigte und radikale Rebellen bekämpften sich so lange, bis Bashar al-Assad gewonnen hat. Er, den viele am Ende wählten wie Gadhafi in Libyen, sitzt wieder fest im Sattel. Er wird seinen zerstörten Staat noch lange beherrschen - dank russischer Bomben, libanesischer Milizen und iranischer Unterstützung.

Putin macht mit dem Krieg ein Geschäft

Die Situation erinnert ein wenig an den Spanischen Bürgerkrieg, in dem die Linke sich so lange gegenseitig bekriegte, bis die Faschisten siegten. Ähnlich wie damals rühren die westlichen Demokratien keinen Finger, und die Verbündeten der Kriegsgegner, allen voran Russland und Saudi Arabien, schliessen andernorts bereits lukrative Deals. So geschehen anno dazumal, als Stalin mit Hitler einen Pakt schloss, so geschehen letzte Woche, als sich auch die Russen und die Saudis mit der Opec im Schlepptau trotz des Stellvertreterkriegs in Syrien auf eine Drosselung der

Ölfördermenge einigten. Mit dem Geld, das ihm der gestiegene Ölpreis einbringt, wird Wladimir Putin für sein Kriegsabenteuer im Nahen Osten reich entschädigt. Im Gegensatz zu den Amerikanern, die für ihre Einflussnahme in der Region in den letzten 15 Jahren Hunderte Milliarden Dollar einsetzten und ein Desaster hinterliessen, macht Putin mit dem Krieg in Syrien ein Geschäft.

Brutal zeigt der Fall Aleppos die gegenwärtige Schwäche Amerikas. Nach dem Fall der Berliner Mauer träumten US-Präsidenten davon, global eine Pax Americana durchsetzen zu können. Doch der einstige Hoffnungsträger Barack Obama ist nur noch «Lame Duck» im Weissen Haus. Er scheint kaum mehr handlungsfähig, seinen wortgewaltigen Aussenminister John Kerry nimmt niemand mehr ernst, wenn er das Ende der Kämpfe in Syrien fordert und versucht, den Russen wenigstens verbal die Stirn zu bieten.

Während Aleppo in Trümmern liegt, regiert in Mosul, wo die Amerikaner mit ihren Verbündeten die Entscheidungsschlacht suchen, noch immer der IS. In den USA hat der künftige Präsident Donald Trump seine Regierungsmannschaft bald einmal beisammen. Und es scheint so, als ob er genau das tut, was er im Wahlkampf angekündigt hat: Er definiert das Verhältnis zu Russland komplett neu. Es scheint so, als nehme er für dieses Ziel überhaupt keine Rücksicht auf die bisherigen Positionen seines Landes, ja, er verspottet sogar die eigenen Geheimdienste, die vor der russischen Einflussnahme warnen.

Bald ist Merkel die Einzige, die sich gegen Putin stellt.



Arthur Rutishauser
Chefredaktor

Aber nicht nur in den USA, auch in Europa kündigt sich eine Wende an. Die EU wird nach dem Brexit deutlich schwächer sein als bisher. Und, das ist vielleicht noch nicht allen Akteuren bewusst geworden, es kündigt sich hier eine Neuausrichtung der Politik an. In Frankreich wird im Spätsommer wohl eine russlandfreundliche Regierung installiert. Sowohl François Fillon als auch Marine Le Pen, die Chefin des Front National, sind erklärte Bewunderer Putins. Und dass eine(r) der beiden die Präsidentschaftswahl gewinnt, bezweifeln im Moment nur wenige. Auch Italien könnte die Seite wechseln. Würde dort heute gewählt, käme wohl die 5-Stern-Bewegung von Beppe Grillo an die Macht. Auch der Polit-Komiker bewundert Putin. Das geht so weit, dass er und seine Leute Ende 2014 dazu aufriefen, positive Geschichten über Russlands Präsidenten zu verbreiten. Geschichten, die mehr oder weniger ungeprüft von russischen Medien wie «Sputnik» oder «Russia Today» übernommen wurden. Bald ist Angela Merkel die einzige mächtige Politikerin, die sich noch gegen Putin stellt.

Schweiz ist aufs Völkerrecht angewiesen

Was heisst das für die Schweiz als neutrales Land mitten in Europa? Kurzfristig ist wohl zu erwarten, dass sowohl die EU wie auch die USA ihre Wirtschaftssanktionen gegen Russland begraben und damit die russische Annexion der Krim wie auch die brutale Einflussnahme in Syrien stillschweigend akzeptieren. Wirtschaftlich gesehen ist die Entwicklung für uns, ebenfalls auf die kurze Frist gedacht, sogar positiv. Dank Trumps angekündigtem Investitionsprogramm steigt der Dollar bereits, nach dem Ende der Sanktionen wird russisches Geld wieder vermehrt in die Schweiz fliessen. Und wenn die Rivalität zwischen den USA und China zunimmt, sind wir als neutraler Kleinstaat ideal positioniert, um zu vermitteln. Sei es auf der politischen Bühne, sei es als Drehscheibe fürs Geschäft. Auf die lange Sicht hingegen können wir als Kleinstaat im Herzen Europas nur darauf hoffen, dass sich das Bild, das sich jetzt abzeichnet, gehörig aufhellt. Denn wir - wie wohl die meisten Länder auf der Welt - sind existenziell darauf angewiesen, dass das Völkerrecht, Grenzen und Regeln respektiert werden - und sich nicht einfach die Macht des Stärkeren durchsetzt.

Gastbeitrag Ein Verbot der grünen Gentechnik schadet der Schweiz. *Von Philipp Aerni*

Politik als Feind der Wissenschaft

Vor zehn Jahren hat der Bundesrat beschlossen, das NFP 59 zu finanzieren, ein Nationales Forschungsprogramm zu den Nutzen und Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen. Dabei haben Vertreter aller politischen Parteien beteuert, die Resultate des NFP 59 als Entscheidungsgrundlage für die Regulierung der grünen Gentechnik zu verwenden - nach Ablauf des vom Volk gewollten fünfjährigen Gentechnik-Moratoriums.

Die Resultate des NFP 59 wurden im Jahr 2012 publiziert. Doch in der Politik wurden sie einfach ignoriert. Kein Wunder, denn sie legten nahe, dass ein Verbot der grünen Gentechnik nicht gerechtfertigt sei. Es gäbe zwar durchaus Risiken beim Anbau genveränderter Sorten, so die Forscher, doch diese Risiken seien bereits aus der konventionellen Landwirtschaft bekannt und könnten durch gute Anbaupraktiken kontrolliert werden.

Hinzu käme, dass gerade im Schweizer Obstanbau feuerbrandresistente «cisgenetische» (ohne artfremden Gentransfer erzeugte) Sorten enorme Einsparungen an umweltschädlichen Spritzmitteln ermöglichten. Schliesslich konnte die NFP-59-Studie zum offenbaren Konsumentenverhalten aufzeigen, dass es sehr wohl einen Markt für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel in der Schweiz gäbe, wenn den Konsumenten Wahlfreiheit geboten würde.

In der Schweiz entscheiden jedoch die Grossverteiler, was ins Regal kommt. Das weiss auch der Schweizerische Bauernverband und fordert daher ein permanentes Verbot der grünen Gentechnik. Dabei erhält er Unterstützung von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Parlaments. Diese begründete ihren Mehrheitsentscheid für ein permanentes Verbot in einer Medienmitteilung unter anderem damit, dass es mühsam sei, «alle vier Jahre vor dem Hintergrund allfälliger technischer Entwicklungen über eine Verlängerung befinden zu müssen».

Damit erwies sich die WBK als wissenschaftsfeindlicher als das Parlament, das dem Vorschlag des Bundesrats für eine befristete Verlängerung des Moratoriums gefolgt ist. Aber auch dieser Entscheid ist ein schlechtes Signal, denn die Biotechnologie ist weit mehr als klassische grüne Gentechnik. Sie ist eine Plattformtechnologie, die hilft, globale Nachhaltigkeitsprobleme in der Landwirtschaft zu lösen. Die Schweiz verbaut sich viele Chancen.

Die Schweiz kann sich das nicht leisten

Warum weckt dieses wissenschaftsfeindliche Verhalten in Bern bei den Stimmbürgern kein Misstrauen? Die Forschung legt nahe, dass ein aktives Volksinteresse an einem politischen Thema konkreten Alltagsbezug aufweisen muss. Dies ist beim Thema grüne Gentechnik nicht der Fall. Eine konkrete Erfahrung mit der Biotechnologie im Schulzimmer, auf dem Feld oder im Supermarkt fehlt hierzulande weitgehend.

Ein weiterer Grund ist das problematische Wissenschaftsverständnis, das der Argumentation gegen die grüne Gentechnik zugrunde liegt. So hört man etwa oft: «Auch die Wissenschaft kann sich irren.» Klar tut sie das, und gerade deshalb schreitet sie fort und schafft neue Einsichten. Was soll gemäss den Gegnern genau die Alternative zu diesem kontinuierlichen Lern- und Selbstverbesserungsprozess sein? Einfach so tun, als ob heute bereits alles nachhaltig sei und somit kein Bedarf herrschen würde, weiter zu forschen? Als Wissensnation kann sich die Schweiz eine solche Haltung kaum leisten.

Politiker und Politikerinnen, die einfach so tun, als ob die Technologie nicht existierte, handeln daher nicht im Interesse des Stimmbürgers. Sie bedienen lediglich die Partikularinteressen von Verbänden, Grossunternehmen und ideologischen Gruppierungen, die von einem Verbot der grünen Gentechnik direkt oder indirekt profitieren.



Philipp Aerni
Direktor des Zentrums für Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit (CCRS) an der Universität Zürich. Er hat zwei sozialwissenschaftliche Studien im Rahmen des NFP 59 durchgeführt.